

# Merseburger Tageblatt

## Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



Umlaufes Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 288.

Sonntag, den 20. Dezember 1919.

159. Jahrgang.

### Tageschronik

Nach Pariser Meldungen wird das Inkrafttreten des Friedens nach vorläufiger Erwartung.

Das Inkrafttreten des Friedens wird als ein Ereignis angesehen, über dessen Verhandlungen sei noch nicht entschieden.

Clemenceau bemerkt, daß er die Gefangenfrage mit anderen Fragen verbinden wolle.

Die Reichsregierung in England haben einen Antrag auf Aufhebung des belagerten Landes als Grund der Willkürhaftigkeit eingebracht.

In Wien haben neue Verhandlungen zwischen Vertretern der Entente und den russischen Parteien begonnen. Rücksichtnahme auf Verhandlungen mit Moskau soll der Militär- und Zivilisten sein.

Obwohl Bernoulli wurde von Moskau empfangen, um über die Beziehungen der in Deutschland internierten russischen Truppen zu beraten.

Die Reichsregierung will sich in Bezug der eisenernen Güter an der Frontenstellung, um Handelsverbindungen mit Standorten einzurichten.

Die deutsche Regierung warnt vor Waffenverkäufen nach Polen und der Rote Armee, da diese Staaten große Mengen gewaschen werden.

Das Protokoll für Österreich soll über die Geschäftsstellen der Wahlen hinaus fortgesetzt werden.

Man vermutet damit, daß falls keine Einigung im Wiener Konferenzzentrum erfolgt, im Januar sämtliche Geschäftsstellen in ganz Deutschland geschlossen werden.

### Der Gehalt.

Inkassieren des Friedens noch vor Weihnachten?

Der Pariser Berichterstatter der Waller „Nationalactua“ merkt, daß man in Paris das Inkrafttreten des Friedens noch vor Weihnachten erwartet.

Im Gegensatz zu der Nachricht, daß die Alliierten den Vorteil der Antwort auf die letzte deutsche Note bereits abgelehnt hätten, wird aus Paris gemeldet, daß die Antwort erst nach Abschluß der Verhandlungen mit den deutschen Verhandlungsmitgliedern fertiggestellt wird. Die Note des Obersten Rates werde die letzte sein, die Deutschland zugesandt wird. Sie werde auch juristische Verhandlungen über die Einlieferung der Kriegsgefangenen und die Abfertigung der russischen Truppen enthalten, doch hätte diese Ausfertigung rein formalen Charakter. Die deutsche Regierung hat die Unterzeichnung des Protokolls nicht abgelehnt gemacht habe.

### Was wird die Entente antworten?

Über die Absichten der Entente ist bis jetzt noch kein Wort in der Öffentlichkeit. Alle bisherigen Nachrichten über die Verhandlungen haben keinen amtlichen Charakter, und es darf nicht verlesen werden, daß die diplomatische Lage wieder einmal einen Deutschland hebt und die deutsche Seite hinterhältig und verschlagen nennt. Unter dem Eindruck dieser Schreie merkt die „K. S. Post“:

Die deutsche Antwort erscheint kaum auszuweichen. Ob der Weg der Verhandlung oder der Aufforderung zur Unterzeichnung gewählt werden wird, entscheidet sich erst in den nächsten Tagen.

Diese öffentliche Meinung läßt natürlich alle Möglichkeiten offen. Es wird jedoch kaum auf Einseitigkeiten rechnen dürfen, sondern auf einer Mischung des „Progrès“ beruhen, nach der Clemenceau im Alliiertenrat sich im Namen Frankreichs für die Aufrechterhaltung der bisherigen Verhandlungen der Alliierten, wie sie in der letzten Note festgelegt worden seien, ausgesprochen habe. lieber die:

### Geltung Englands.

unterrichtet ein Reuters-Kommentar, wonach die Auffassung der englischen Konferenzmitglieder über die deutsche Note keine Rolle spielen wird, ohne daß der Stellungnahme der Pariser Konferenz vorzuziehen werden sollte. Mit anderen Worten: man läßt Frankreich freie Hand.

### Übertragung der russischen Grenze.

Eine Übertragung der russischen Grenze auch gegen die Schweiz nach am Montag begonnen. Berichte aus dem Gebiet melden umfangreiche militärische Vorbereitungen. In Graubünden sind am Montag Kolonialtruppen ein-gezogen.

### „Keine Verquickung der Gefangenfrage.“

W. Z. B. berichtet: In der Instruktion an Herrn von Bernner war dieser gebeten worden, Dulda zu fragen, ob die Befreiungsmöglichkeit zurecht, wonach Herr Clemenceau die Befreiung der deutschen Gefangenen ausdrücklich Journalisten gegenüber von dem Eintritte deutscher Arbeiter im Wiederantrittsbetrieb abhänigen gemacht haben sollte. Auf eine von Herrn Bernner demontierten Anweisung gerichtete Frage erklärte dieser, es sei unrichtig, daß Clemenceau Befreiungsmöglichkeiten gegenüber dulda habe, die Befreiung von Gefangenen mit anderen Fragen verbunden zu werden. Dies entspräche nicht den Absichten Clemenceaus, der die Gefangenfrage mit keiner anderen verquickeln wolle.

### Der Kaiserprozeß.

„Manchester Guardian“ merkt, daß die Rechtsberater der Krone in einer Konferenz in Downing Street, der auch Clemenceau und Lloyd George bewohnten, über die Absicht einer gemeinsamen Note der Alliierten an die baltische Regierung verhandelten, die die Auslieferung des Kaisers fordern werden.

### Die Entente und das Reichsprotokoll.

Die „Deutsche All. An.“ merkt aus dem Reichsjustizministerium: Der Reichsjustizminister vertritt die Ansicht, daß das Reichsprotokoll in seiner jetzt beschlossenen Fassung der Entente weder mittelbar noch unmittelbar ein Recht auf Erlassung des Vertrags des Protokolls abgibt. Diese Ansicht liegt im Einklang mit dem Reichsjustizministerium in der Hinsicht, daß die Entente die Entente nicht anerkennen wird.

Was nicht ein Nichtaufweisen an dem guten Glauben der „Deutschen All. An.“, aus der Herr Erberger spricht, und was kommt und die Ansicht des Reichsministers der Justiz, wenn die Krone der Welt ihre Kronverpflichtungen gegenüber dem volkswidrigen tomaten Deutschland auf die höchste Stufe treiben.

### „Keine Vollstreckung in Oberösterreich.“

Au dem in einer Zusammenkunft des schlesischen Provinzialrates in Riga und Reichsjustizminister mitgeteilten Bericht, wonach die Entente an der Erhaltung Oberösterreichs in der heutigen Wirtschaftslage großes Interesse habe und es nicht der Gefahr des Ruins unter bolschewistischer Herrschaft aussetzen wolle, wolle die Reichsregierung die Vollstreckung der Entente mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es ist jedoch nicht unbedeutend, daß die Entente die Vollstreckung der Entente mit aller Entschiedenheit ablehnen wird. Die Entente wird die Vollstreckung der Entente mit aller Entschiedenheit ablehnen. Die Entente wird die Vollstreckung der Entente mit aller Entschiedenheit ablehnen.

### Frankreich, England und die amerikanischen Vorbehalte.

Der „Times“ stellt fest, daß Frankreich seinen Einspruch über die Vorbehalte des amerikanischen Senats als unannehmbar betrachte und daß England sich bei der Entscheidung der Entscheidung zu den von dem Senat angenommenen Vorbehalten wöhnt. Praktisch werden also die Alliierten der Ratifizierung, so wie sie von dem Senat angenommen wird, feierlich ablehnen. Es handelte sich folglich nur um eine Frage der Gleichheit, wer in Washington den ersten Schritt tun soll.

### Andauernd Hungernot und Teuerung!

Der Parlamentarier des britischen Ernährungsamtes, Gurney, erklärte, daß für das nächste Jahr ein bedeutender Anstieg im Preis des Lebensmittels zu erwarten sei. Das Ende der Teuerung ist nicht abzusehen. Am Orient sei ein Einfuhrangebot und ein Steigen der Preise in Aussicht.

### Deutschlands Protokoll für Österreich.

Nach Mitteilungen aus Berlin ist es den Bemühungen des österreichischen Gesandten in Berlin gelungen, anzufragen, daß das Protokoll, welches die Bestimmung Deutschlands für Österreich durch die Verzicht auf wöchentlich 50 Gramm Weizen pro Kopf bringt, nicht auf vier Wochen beschränkt bleibt, sondern darüber hinaus fortgesetzt wird. Das Ende der Bestimmung Deutschlands beträgt 200 000 T. Weizen pro Woche anstatt 50 000 T. Weizen. Am Dienstag sind die ersten 50 000 T. Weizen des Reiches in Wien angekommen. Die Transporte werden seit 1. Dezember unterbrochen.

### fort mit den Klubsesseln!

Der Krieg hat aufgehört, aber die Kriegsgesellschaften bestehen weiter. Dann und wann wird gewisse Klubsesseln bereit, daß ihr Abbau, ihre Auflösung im Gange sei; sieht man aber genauer hin, so magt man die überraschende Entdeckung, daß aus der „abgebauten“ oder „aufgelösten“ Gesellschaft ganz in der Stille eine oder zwei neue gebildet worden sind. Auf verordnete Anfragen wird dann geantwortet, daß so lange die Zwangsverpflichtung besteht, auch Kriegsgesellschaften notwendig seien. Zur Bestätigung dieser Worte erzählt das Publikum gelegentlich, in welscher hervorragender Weise sich die Kriegsgesellschaften nicht machen. Sie sind, so wird wenigstens immer behauptet, für die Heranschaffung und Verteilung seltener gemordeter Waren für, insbesondere für alle als möglich, diese seltener gewordenen Waren überhaupt nicht im Land kommen zu lassen. So hat, wie neulich bekannt wurde, beispielsweise die Kriegsgesellschaft für Leder und Felle einen beträchtlichen Vorrat schwarzen Leders, des reinsten Leders der Welt, zurückgewiesen, weil Deutschland nach Auffassung der vereinigten Kriegsgesellschaft ausreichend mit Leder versehen ist. Auch günstige Angebote von Seide und Bergleinen mehr finden keine Gnade vor den Augen der Herren, nach deren Meinung wird in ungeheuren Deutschland fremde Seide überzogen haben.

Wunderbar dich, heimlicher Helfer, wenn solche antreibende Kräfte nach Weiblicher Ansicht vorwärts. Die Entente unter ihren Umständen geringer sein. Wenn es sich um die Geldkraft, wie überhaupt wohl, empfindlich geübt, und zweitens hatten die Angehörigen der Kriegsgesellschaften während des Krieges konzentriert die jetzt nicht mehr wertvolle Annehmlichkeit, dauernd konzentriert zu werden. Es gab keine bombastischeren Unternehmungen, als die Kontore und Büros der Kriegsgesellschaften. Daß sich in ihnen zum Teil bestimmte „Kaufleute“ vor Gefahr und Tod verbarren, wurde sehr bald aller Welt vermuthen offenbar, daß der Hauptgrund des Reichsstands im Oktober 1916 von der Regierung eine Statistik verlangte, die genaue Angaben über das Reichtum der Kriegsgesellschaften lieferte.

Reichsbeschreibungen sind heute trotz gelegentlichen Streckenanstöße und trotz der allgemeinen Unruhezeit nicht mehr in so hohem Grade zu befechten, wie bis zum November 1918. Zwar über aber die seitlichen Reize des Kriegsgesellschaftsstandes umso erhöhtere Anziehungskraft an Vor allem sind es, was bei der Weiblichkeit der beteiligten Herrschaften nicht weiter Wunder nimmt, die außerordentlich hohen Gehälter, die die Kriegsgesellschaften ungeniebt bezieht machen. 37 000 M. jährlich gelten als nicht übertrieben. Dafür quillt sich z. B. der leitende Beamte der Zentralverkaufsgesellschaft, ein 31jähriger Herr, mit dem vielfach bezeichneten Namen Weber. Seine angeblichen Mitarbeiter müssen mit 26–30 000 M. geringere Prämie mit 20 000 M. jährlich auskommen. Bei der Reichssteuerbehörde beziehen vier Angestellte je 30 000 M. Gehalt, unter ihnen ist wieder ein 31jähriger, der diesmal Dr. Voelker heißt. Dafür stellt sich der Leiter der Reichssteuerbehörde auf 32 000 M.; er ist nämlich ein Jahr älter als Herr Dr. Voelker und heißt Dr. Kahn. Die Tabakhandels- und die Zigaretten-Einkaufsgesellschaft hat noch heute Einkäufer in Puloorien und Konstantinopel zu sitzen, wovon jeder je 23–37 000 M. kostet. Bei der Reichssteuerbehörde-Affengesellschaft wirken fünf Direktoren mit je 24 000 M. Gehalt, während der bereits oben erwähnte Ausschuss für Leder und Felle vier Direktoren mit 24–27 000 M. Jahresgehalt umbehalten nötig hat. Die Reichssteuerbehörde entscheidet ihren Herrn Direktor mit 30 000 M., wogegen der leitende Geschäftsführer der Reichssteuerbehörde mit 24 000 M. jährlich kommt.

Der Augen, den die Allgemeinheit von den 67 noch bestehenden Kriegsgesellschaften hat, liegt klar vor Augen. Wie der Reichsausschuss für Leder und Felle seine Hauptaufgabe darin erblickt, die reichlichere Versorgung mit Leder und Fellen zu unterbinden, so wird die Reichssteuerbehörde mit Erfolg dahin, daß es in keinem Schlichterleben mehr Fleisch zu kaufen gibt. Die Reichssteuerbehörde, die sich schmeichelt an, wie die Preise für Stoffe und Angüsse von Hode zu Hode aber teurer wird weiter in die Höhe schreien, und wenn nicht von den Eigner Schiebern Zigaretten und Zigaretten abgesetzt, wie in dem Land gebracht würden, dann hätten wir trotz des Tabakhandels- und Zigaretten-Einkaufsgesellschafts kaum noch Wachen und Ausschläger als Konsumwert zur Verfügung. Bis dies mardendankbare glänzende Verlagen müssen die Steuerzahler dürfen, denen durch die Kriegsgesellschaften Landes- und Handel unterbinden und damit die Kriegsgesellschaften zum großen Teile abschaffen werden.









